

Antworten auf die Fragen der Studierendenschaftszeitung „hastuzeit“

1. Wird eine Regierung mit der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt allgemeine Studiengebühren einführen?

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt hat sich stets klar gegen allgemeine Studiengebühren ausgesprochen.

Angesichts des diesbezüglichen Urteils des Bundesverfassungsgerichts hat unsere Fraktion Anfang des Jahres 2005 einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der eine Änderung des Hochschulgesetzes des Landes vorsah. Im Gesetz sollte ein Verbot von Studiengebühren verankert und die Möglichkeiten, Gebühren bei Regelstudienzeitüberschreitungen und für die Überlassung von Lernmitteln an Studierende, den Bezug von Fernstudienmaterialien, multimedial aufbereiteten oder telematisch bereitgestellten Studienmaterialien zu erheben, aufgehoben werden. Dieser Gesetzentwurf fand im Landtag keine Mehrheit.

Die Forderung nach einem gebührenfreien Studium wird auch in unserem Landeswahlprogramm wiederholt.

2. Blieben die gegenwärtigen Regelungen (Langzeitstudenten) bestehen?

Der angesprochene Gesetzentwurf sah vor, auch auf diese Gebühren zu verzichten.

3. Würde die Linkspartei.PDS die Bachelor/Master-Umstellung vorantreiben?

Die Linkspartei spricht sich dafür aus, den Bologna-Prozess an den Hochschulen umzusetzen.

Die Umstellung der Studiengänge auf die Bachelor-Master-Struktur sehen wir auch kritisch und warnen vor einer überstürzten Einführung. Entscheidend ist, die Qualität der Abschlüsse nicht zu gefährden sondern zu erhöhen. Die Ausbildungsstruktur muss sich an der angestrebten Professionalität orientieren.

Diese Fragen sollten im Dialog zwischen Hochschulen, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik weiter erörtert werden. Für einen solchen Dialog wird sich die Linkspartei einsetzen.

Aus ihrer Sicht gibt es einige sensible Bereiche, in denen die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor-Master-Abschlüsse besonders gründlich abgewogen und ggf. auch verworfen werden kann.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Anerkennung der Abschlüsse bzw. erbrachten Studienleistungen an Hochschulen in Sachsen-Anhalt und die damit verbundenen Berechtigungen bundesweit, in Europa und darüber hinaus gewährleistet werden kann.

4. Wie denkt die Linkspartei.PDS über Hochschulautonomie und Finanzierung (Kürzungen, Planungssicherheiten etc.)?

Die Linkspartei.PDS tritt für Hochschulautonomie ein. Hochschulen sollen nach unserer Meinung vor staatlichem Dirigismus weitgehend geschützt sein. Damit verbinden wir die Forderung nach Ausbau der Hochschuldemokratie, die allen Hochschulangehörigen demokratische Mitspracherechte gewährleistet. Wir wenden uns gegen Bestrebungen, die Rechte der Studierenden und des wissenschaftlichen Mittelbaus einzuschränken. Hochschulen in Form rektoratsgeleiteter Wirtschaftsunternehmen lehnen wir ab.

Wir wollen die 10%ige Kürzung der Hochschulbudgets wieder rückgängig machen. Das bedeutet jährliche Mehrausgaben von ca. 30 Millionen Euro.

Diese Mittel beabsichtigen wir nicht einfach auf alle Hochschulen zu verteilen, sondern würden sie auch mit Zielstellungen verbinden, die in entsprechenden Zielvereinbarungen mit den Hochschulen zu verhandeln sind. Dazu sind ggf. Ergänzungsvereinbarungen zu den jetzt abgeschlossenen Zielvereinbarungen erforderlich.

Die Mittel sollen aus Umschichtungen im Landeshaushalt aufgebracht werden. Darüber hinaus werden zu Gunsten von Bildungsausgaben auch weiterhin Kreditaufnahmen erforderlich sein. Die Neuverschuldung muss allerdings begrenzt werden.

Darüber hinaus hält es die Linkspartei für geboten, einen Bildungsfinanzausgleich zwischen den Ländern einzuführen und verstärkt durch wissenschaftliche Exzellenz Drittmittel zu erschließen.

Wir erachten es für wichtig, den Hochschulen Planungssicherheit zu gewähren. Wir haben daher gefordert, die Zielvereinbarungen, die mit den zugesagten Hochschulbudgets („budgetierte Einrichtungen“) verbunden sind, mit einer Laufzeit von 5 Jahren abzuschließen.

Die jetzt von den Hochschulen und der Landesregierung unterzeichneten Vereinbarungen entsprechen in ihrer generellen Laufzeit dieser Forderung; allerdings sieht die Landesregierung eine Zwischenbewertung nach 3 Jahren vor, die mit Konsequenzen verbunden sein kann.

Matthias Höhn
Landesvorsitzender der Linkspartei.PDS
Hochschulpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion